

So wollen wir die NRW-Arbeitspolitik weiterentwickeln

Die Langzeitarbeitslosigkeit steigt. Prekär Beschäftigte werden noch weiter an den Rand gedrängt oder werden arbeitslos. Geringqualifizierte sind noch häufiger von Entlassungen betroffen. Wie soll es nach der Pandemie mit dem Arbeitsmarkt in NRW weitergehen? Eine Frage, die vor allem wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beantworten müssen.

Die Corona-Krise muss ein Wendepunkt für die Wirtschafts- und Arbeitspolitik in Nordrhein-Westfalen sein. Die Pandemie hat Entwicklungen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft beschleunigt, die schon vor der Corona-Krise angelegt waren. Es gibt neue Arbeitsbeziehungen, einen enormen Digitalisierungsschub und einen neuen Blick auf die Bedeutung des Staates für Innovation, Wachstum und Vollbeschäftigung.

Die fortschreitende Digitalisierung von Handel und Produktionsprozessen verlangt eine neue Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Der auch ökonomisch notwendige Wandel zu einer klimaneutralen Industrie hat nichts an seiner Dringlichkeit verloren. Im Gegenteil. Gleichzeitig hat die Pandemie die Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt verstärkt. Unterbezahlung und mangelnde soziale Sicherheit von Beschäftigten sind offenkundig geworden.

Die sozialen Standards müssen verbessert werden. Es braucht jetzt gute Arbeitsbedingungen, bessere Löhne und Mitbestimmung mehr denn je. Damit Hoffnungen wieder stärker Realität werden können. Um diese Ziele zu erreichen, braucht Nordrhein-Westfalen einen sozialen Neustart. →

Dafür möchten wir drei Offensiven starten:

- Mit der Offensive **Sozial, digital, klimaneutral: Fortschritt für NRW** wollen wir einen Stabilitätsfonds in Höhe von 30 Milliarden Euro für Klimaschutz und Beschäftigung einrichten. Damit werden Eigenkapital und Investitionen von Unternehmen in klimaneutrale Geschäftsmodelle gestärkt. In allen NRW-Kommunen sollen Ansätze der lokalen Energiewende nach dem Vorbild der „Innovation City“ Bottrop vorangetrieben werden. Die nachhaltige Wärmeversorgung soll ausgebaut werden.
- Wir starten die Offensive **Mitbestimmungsland NRW**. Dazu sollen über ein Landesprogramm Betriebsratsgründungen in NRW gefördert werden, ganz besonders im Dienstleistungsbereich und in Branchen mit hohem Frauenanteil. Im Bund stärken wir die Rechte von Betriebsrätinnen und -räten. Beim Arbeitsschutz schaffen wir 1000 neue Stellen. Wir setzen uns für eine Ausbildungsplatzgarantie ein. Das Arbeits- und Sozialrecht muss an den digitalen Wandel angepasst werden – mit klaren Regeln fürs Homeoffice.
- Durch die Offensive **Respekt und Leistungsgerechtigkeit NRW** koppeln wir die Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Fördermitteln an die Einhaltung von Mitbestimmung und Tarifverträgen. Flächendeckende Tarifverträge müssen weiter gestärkt werden. Wir brauchen im Land ein „Bündnis für Tariftreue“ und bundesweit muss ein flächendeckender Mindestlohn von mindestens 12 Euro pro Stunde gelten. Der soziale Arbeitsmarkt muss weitergeführt und weiterentwickelt werden. Erziehungs- und Pflegeberufe müssen materiell deutlich aufgewertet werden. Und unser Versprechen gilt: Die Grundsicherung wird grundlegend überarbeitet und zu einem Bürgergeld entwickelt.